

„Nicht alles muss vor dem Schutz von Leben zurücktreten“

Quelle : Welt.de vom 26.04.2020

Von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble

Wolfgang Schäuble sieht die Politik durch das Grundgesetz nicht in der Pflicht, alles darauf auszulegen, Menschenleben zu schützen. „Zwei Jahre lang einfach alles stillzulegen, auch das hätte fürchterliche Folgen“, so Schäuble.

Angesichts der **massiven Einschränkungen von Grundrechten** in der Corona-Krise hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) davor gewarnt, dem Schutz von Leben alles unterzuordnen. **Wenn es überhaupt einen absoluten Wert im Grundgesetz gebe, dann sei es die Würde des Menschen, sagte er** dem „Tagesspiegel“ vom Sonntag. **In mehreren Städten wurde am Wochenende für Lockerungen der Corona-Maßnahmen demonstriert.**

„Wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig“, sagte Schäuble dem „Tagesspiegel“. Die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde „schließt nicht aus, dass wir sterben müssen“.

Der Staat müsse für alle die bestmögliche gesundheitliche Versorgung gewährleisten, sagte Schäuble weiter. „Aber Menschen werden weiter auch an Corona sterben.“

Der CDU-Politiker warnte vor einem Kippen der Stimmung in der Bevölkerung. „Es wird schwieriger, je länger es dauert.“ Er wandte sich zudem dagegen, allein Virologen die Entscheidungen zu überlassen. Es müssten auch „die gewaltigen ökonomischen, sozialen, psychologischen und sonstigen Auswirkungen“ abgewogen werden. „Zwei Jahre lang einfach alles stillzulegen, auch das hätte fürchterliche Folgen.“

Angesichts der ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie sieht der frühere Bundesfinanzminister die Gefahr einer **Überlastung der staatlichen Handlungsfähigkeit und einer zu hohen Neuverschuldung**. „Der Staat kann nicht auf Dauer den Umsatz ersetzen“, betonte Schäuble angesichts von Milliarden-Rettungsschirmen und 156 Milliarden Euro Neuverschuldung.

In Berlin nahmen am Samstag im Stadtteil Mitte nach Polizeiangaben **mehrere Hundert Menschen an einer Demonstration teil**, für die es keine Ausnahmegenehmigung wegen der derzeitigen Corona-Maßnahmen gab. Auf dem Rosa-Luxemburg-Platz versammelten sich demnach circa 300 Menschen, mehrere Hundert weiter versuchten, dorthin zu kommen.

Bei 105 Menschen wurden die Personalien aufgenommen, drei Menschen kamen vorübergehend in Gewahrsam. Auch in anderen Städten, darunter Görlitz, Chemnitz, Dresden, Greifswald und Bremerhaven, wurde gegen die Corona-Auflagen demonstriert.

Laschet wirbt für Lockerungen

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) [sagte WELT](#), die Lockerungen spielten in der politischen Debatte eine zu geringe Rolle. „Wenn der Staat aufgrund einer Pandemie das öffentliche und wirtschaftliche Leben fast vollständig lahmlegt, dann muss der Staat auch Konzepte haben, um es wieder hochzufahren.“

Am Donnerstag wollen die Ministerpräsidenten der Länder erneut mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) darüber beraten, wie in der Corona-Krise weiter vorgegangen werden soll.